

frei leben ohne Gewalt
25. November Internationaler
Tag gegen Gewalt an
Frauen Seite -3-

Landtagswahlen 2011 -
Landesliste der Partei
Die Linke. Seite -6-

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

19. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

16. November 2010

Wir wollen die Wahl gewinnen!

[mb], „Mein politischer Schwerpunkt ist das Wahlprogramm und zwar vom ersten Wort bis zum letzten Wort.“ Mit diesen Worten stellte sich der Spitzenkandidat Wulf Gallert auf der Vertreterinnen- und Vertreterkonferenz die Partei DIE LINKE vor. Mit 94,5 % wurde Wulf als unser Ministerpräsidentenkandidat auf Platz eins der Landesliste gewählt. Am ersten Tag konnten wir die Plätze 1- 13 wählen. Hier folgte die Versammlung dem Vorschlag des Landesvorstandes. Ab dem Listenplatz 14 gab es dann die ersten Bewerbungen außerhalb des Vorschlages des Landesvorstandes, so kandidierte Roger Amelung gegen Stefan Gebhardt und Elke Reinke gegen Sabine Dirlich. Ab diesem Platz wurden dann die Listen, insbesondere bei den Männern, immer länger. Mit Listenplatz 16 kamen wir auch erstmalig in den Genuss einer Stichwahl. Interessant waren die meisten Vorstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten. Wir verfügen über viel kluges Potential. Die Listen wurden im Prinzip mit jedem Wahlgang länger und die Wahl immer schwerer. Auf dem Platz 21 kandidierte Henriette Quade aus unserem Stadtverband. Mit einer vom Auditorium sehr gut aufgenommenen Vorstellung, einer fundierten Rede stellte sie sich vor. Leider musste sie mit 45,7 % in die Stichwahl gegen Heide- linde Penndorf (11,2 %) und Elke Reinke (ebenfalls

11,2 %) . Die Stichwahl gewann sie mit 76 % . Swen Knöchel, unser Stadtvorsitzender trat ab Platz 26 an. Hier wurden dann die gesamten Plätze im Block gewählt.

Unser Stadtvorsitzender wurde mit 61,6 % auf den 28. Platz gewählt. Ein sehr gutes Ergebnis angesichts der Tatsache, dass er Mitbewerber, die früher auf Listenplätzen kandidiert hatte hinter sich lassen konnte. Nicht gewählt wurden: Roger Amelung; Hugo Boeck; Manfred Braunschweig; Uwe Heft; Holger Hüttel; Detlef Massow.



Aufgrund des disziplinierten Einhaltens der Redezeiten und des Durchhaltevermögens der Vertreterinnen und Vertreter gelang es, den Parteitag vorzeitig am Sonnabend zu beenden.

Die gesamten Listenplatzierungen entnehmen Sie bitte dieser Ausgabe auf Seite 6.

„Ein Sparpaket, das man sich sparen kann!“

Unter diesem Motto war der Stadtverband Halle (Saale) über zwei Wochen an verschiedenen Orten der Stadt mit verschiedenen Aktionen unterwegs. Den Auftakt mit einem umfassenden einführenden Vortrag gab uns Petra Sitte am 18.10.2010 in der Händelhalle. Mit Info-Ständen und Aktionen machten wir auf das Sparpaket der Bundesregierung aufmerksam, das weitere Verschlechterungen gerade für Geringverdiener, Hartz IV-Empfänger, Kranke und Behinderte, alleinerziehende Elternteile und viele Kinder bringen wird. Sozial ausgewogen geht anders! Auf die Vorschläge unserer Partei machten wir im Rahmen unserer Kampagne aufmerksam und konnten mit vielen Menschen ins Gespräch kommen.

Weitergehende Informationen:

Infomaterial ist auch noch in der Geschäftsstelle, Blumenstraße, vorhanden.

Dank an alle, die sich engagiert haben!

MB

http://die-linke.de/politik/themen/sparpaket_und_krise/



Solidarische BürgerInnenversicherung ist sozial gerechte und bessere Alternative

Gesetzlich Krankenversicherte müssen nach Ansicht des Ersatzkassenverbands im kommenden Jahr mit noch mehr Zusatzbeiträgen rechnen als derzeit.

Aufschläge für Ärzte, Zahnärzte und Kliniken wegen der besseren Einkommensentwicklung könnten dazu führen, dass die Kassen 2011 mehr Zusatzbeiträge verlangen müssen als bisher, sagte der Verbandschef Thomas Ballast dem «Tagesspiegel» (05.11.10).

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Heidelinde Pennordf äußert sich dazu wie folgt:

„Gesetzlich Versicherte werden ausgepresst wie eine Zitrone. Ab dem 01.01.2011 steigt der Beitragssatz auf 15,5 %. Der Arbeitgeberanteil wird bei 7,3 % eingefroren, so dass Versicherte hier schon mit 0,9% Beitragserhöhung allein belastet werden. Durch den Zusatzbeitrag bzw. Kopfpauschale

werden die Versicherten bis zu 10,2 % ihres beitragspflichtigen Einkommens zu zahlen haben.

Die Versicherten werden dreimal zur Kasse gebeten:

1. Beitragserhöhung
2. Kopfpauschale
3. Solidarausgleich

Von 2011 bis 2014 soll der Solidarausgleich bei finanzieller Überforderung der Versicherten aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds gezahlt werden. Erstens wird das Geld aus der Liquiditätsreserve zweckentfremdet und muss außerdem am Jahresende immer wieder aufgefüllt werden. Das bedeutet buchhalterisch eigentlich, man reißt wissentlich ein Finanzloch in die Liquiditätsreserve, die dann höchstwahrscheinlich mit Beitragserhöhungen, höherer Kopfpauschale und Steuermitteln am Jahresende bzw. zu Beginn eines jeden neuen Jahres wieder aufge-

füllt werden muss. Nicht mit uns Herr Gesundheitsminister Rösler - das ist im höchsten Maße unsolidarisch, Gesundheit ist keine Ware. DIE LINKE hat mit ihrem Konzept einer solidarischen BürgerInnenversicherung eine sozial gerechte und damit bessere Alternative. Jeder wird Mitglied der solidarischen BürgerInnenversicherung, alle Einkommensarten werden einbezogen und eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle Menschen ist gewährleistet.“

22. November, 19.30 Uhr
Vortrag mit Diskussion
„Die ethnischen Spannungen
in Bosnien und Herzegowina“
mit Aufbauhelfer Lukas Meyer
im Gasthof und Künstlerhaus
Goldene Rose,
Rannische Str. 19

frei leben ohne Gewalt

25. November Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Seit 1999 gibt es den durch die Vereinten Nationen initiierten Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Auslöser war die Ermordung der Schwestern Patria, Minerva und Maria Teresia Mirabal am 25. November 1960 durch das Regime des Diktators Rafael Trujillo der Dominikanischen Republik. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich an dieser bundesweiten Aktion. Der Stadtverband DIE LINKE unterstützt die Aktion.

Programm:

11-13 Uhr FAHNENAKTION „Frei leben – ohne Gewalt“ von Terre des Femmes

Eröffnung des Gedenktages begleitet von einem kulturellem Rahmenprogramm und Grußworten geladener Gäste vor dem Stadthaus (Markt)

14-16 Uhr TÜTEN-AKTION „Gewalt kommt uns nicht in die Tüte“

AG „Gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ Halle, Glücksrad zum Thema „Gewalt in der Familie?“ und der Frühstückstüten-Aktion „Gewalt kommt mir nicht in die Tüte“, Fachgruppe „Gegen Häusliche Gewalt und Stalking“, Vereine und Institutionen, die in ihrer täglichen Arbeit mit Gewalt an Frauen und Kindern konfrontiert werden, stellen ihre Hilfsangebote vor, Kinderdruckwerkstatt der Arbeiterwohlfahrt KV Halle e. V., Kinder stellen Selbstgedrucktes zum Thema „Kinder gegen Gewalt in der Familie“ vor, Halle-Neustadt – Freiplatz hinter der Passage 3

17-18 Uhr THEATERSTÜCK „Die Wortlose“

Renate - abgestempelt als stummer Schatten ihrer selbst, als ein Mauerblümchen - nimmt die Gerechtigkeit in ihre Hände: Sie kann auch anders! Das Martyrium ihrer Ehe mit Reinald Rommel beendet Renate als Mörderin. Jetzt beginnt das Kapitel der Aufarbeitung. Ihr Schweigen bricht, Worte sprudeln aus ihr heraus und verwandeln sie. Voller herzerreißender Komik und erschütternder Tragik erzählt Renate ihre Geschichte.

Saal der ehemaligen Orangerie; Puschkinstraße 27

19-21 Uhr FILM „Sister in Law“

Die Richterin Beatrice Ntuba und die Staatsanwältin Vera Ngassa arbeiten in Kumba, einem kleinen Ort im Südwesten Kameruns, und begreifen sich als Anwältinnen von Frauen, die Opfer von Gewalttaten wurden. Sisters in Law verfolgt die Verhandlung dreier Delikte aus dem Dorf: Ein kleines Mädchen wurde von ihrer Tante misshandelt, eine junge Frau beschuldigt ihren Nachbarn, sie vergewaltigt zu haben, und eine Ehefrau will sich nach Jahren der Qual von ihrem jähzornigen Mann scheiden lassen. - GB / Kamerun, 2005, 104 Min., (OmU),

Puschokino in der Kardinal Albrecht Straße 6



24. November 19.00 Uhr,

Vortrag mit Diskussion von der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Vom kritischen Gebrauch der Erinnerung. Osteuropäische Erinnerungskultur“

mit Thomas Flierl, Berlin,

im Melanchtonianum, am Universitätsplatz

Bericht Bildungs- und Kulturfahrt 22.10 – 24.10.2010

Vom 22.10.- 24.10.2010 organisierte die Linksjugend [‘solid] Mansfeld-Südharz, als Partner des Bündnisses für politische Bildung und Antifaschismus, eine Bildungs- und Kulturfahrt nach Polen. Ziel war die Großstadt Krakau, um von dort die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz zu besuchen.

Die Gruppe bestand aus 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus unserem Landkreis Mansfeld-Südharz sowie Halle, Leipzig, Dresden und Zittau und auch einigen Mitgliedern der Linksjugend und des SDS. Nach zehnstündiger Busfahrt erreichten wir am Abend Krakau und ließen es uns nicht nehmen, trotz später Stunde noch die wunderschöne Innenstadt zu besichtigen.

Am Samstag stand nun der eigentliche Grund unserer Reise nach Polen auf dem Programm, der Besuch der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz.

In einer sechsstündigen Führung besichtigten wir zunächst das 1940 errichtete Stammlager Auschwitz I, welches als Verwaltungszentrum des Vernichtungslagers Auschwitz I, II und III diente.

Der erste Häftlingstransport kam hier am 20.05.1940 an, welcher aus reichsdeutschen Strafgefangenen bestand, die als so genannte „Funktionshäftlinge“ Aufsichts- und Kontrollfunktionen übernehmen sollten. Danach wurden vor allem polnische Intellektuelle und Oppositionelle interniert. Ab 1942 folgte dann die Deportation europäischer Juden nach Auschwitz, wo die meisten von ihnen von den Nazis ermordeten wurden. Viele Häftlin-

ge starben an Unterernährung, an Krankheiten, die durch die schlechten hygienischen Bedingungen verursacht wurden oder durch die schwere körperliche Arbeit.

Doch viele der inhaftierten Menschen wurden systematisch von der SS getötet. Sie wurden erschossen, erschlagen, vergiftet oder verstarben bei den grauenhaften Experimenten, die die Lagerärzte durchführten.

Insgesamt sind im Stammlager Auschwitz I 60.000 bis 70.000 Menschen ums Leben gekommen. Im zweiten Teil der Führung besichtigten wir das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Dies war das größte deutsche Vernichtungslager während der Zeit des Nationalsozialismus. Es wurde 1941 als Arbeits- und Vernichtungslager mit später insgesamt sechs Gaskammern und vier Krematorien errichtet.

Nach ihrer Ankunft wurden die Menschen „selektiert“, also Alte, Schwache, Kranke und Kinder wurden von den Arbeitsfähigen getrennt und zumeist sofort in den Gaskammern ermordet. Die Häftlinge, die die Selektion überlebten, mussten in den ans Lager angrenzenden Industriebetrieben Zwangsarbeit leisten.

In den Jahren 1941-1945 wurden über 1,1 Millionen Menschen in dem Lagerkomplex Auschwitz getötet.

Zahlreiche Häftlinge starben auch nach der Befreiung der Lager am 27.01.1945 durch die sowjetischen Truppen an den Folgen der unmenschlichen Behandlung in den Vernichtungslagern.

Die Führung ließ Erschüttern und Unbehagen zurück, so dass die

Rückfahrt nach Krakau im nachdenklichen Schweigen verlief, wo bei jeder seinen eigenen Gedanken nachhing.

Am Abend stand dann noch ein Treffen mit Genossen der polnischen linken Jugendgruppe „Młodzi Socialiści“ auf dem Plan. In kleiner Runde tauschten wir uns über unsere Arbeit aus. Die „Młodzi Socialiści“ ist eine relativ kleine Organisation mit ca. 400 Mitgliedern in ganz Polen. Sie sind eigenständig organisiert, gehören also keiner Partei an. Dies macht die Finanzierung ihrer Gruppen allerdings sehr schwer, so dass nur kleine Projekte realisiert werden können.

Die Krakauer Gruppe arbeitet z.B. zurzeit an der Realisierung eines Sozialtickets, mit dem öffentliche Verkehrsmittel kostengünstig genutzt werden können.

Dieses Treffen bildete zugleich den Abschluss unserer Reise nach Polen, da am nächsten Tag nur die Rückfahrt nach Deutschland anstand.

Für uns alle war die Fahrt ein wichtiges Moment in unserem Selbstverständnis als Linke.

Die Grausamkeiten die in Auschwitz, aber auch in allen anderen Konzentrationslagern, verübt worden sind, bestärken uns in unserem antirassistischen und antifaschistischen Denken und Handeln. Sie machen uns auch unserer Verantwortung bewusst, das Wiedererstarken rechter Kräfte in unserer Gesellschaft zu verhindern.

Sie zeigen, warum wir AntifaschistInnen sind.

Anne Geschonneck

Linksjugend [‘solid] Halle
SDS MLU

Kronauer:

Grundlage für Studentenverbindungen ist struktureller Konservatismus

Der SDS.MLU hat am 27.10. um 18 Uhr zur Veranstaltung „Burschenschaften und extreme Rechte“ eingeladen. Knapp 45 Interessierte waren der Einladung gefolgt, so dass der Hörsaal im Melanchthonianum gut gefüllt war.

Wie der Referent Jörg Kronauer festhielt, ist die Grundlage für alle Studentenverbindungen ein „struktureller Konservatismus“, welcher jedoch unterschiedliche Ausformungen haben kann. Zudem zeigte er auf, dass es verschiedene Merkmale gibt, die in so gut wie jeder Studentenverbindung zu finden sind: „Verbindungshaus, Brauchtum, Lebensbund-Prinzip und korporierte Eliten.“ Daraus bildet sich, folgt mensch Bourdieu, ein spezieller Habitus heraus, der bei Verbindungsstudenten zu finden ist. Studentenverbindungen sind im Sinne von Kronauer der Überbegriff für diese Organisationen und Burschenschaften gelten demnach als eine Untergruppe wie bspw. katholische Verbindungen. Zunächst ging der Referent auf die historischen und ideologischen Grundlagen, wie bspw. den „Turmvater Jahn“ oder Ernst Moritz Arndt. Beide verbreiteten im 19. Jahrhundert ein völkisches Denken im deutschen Raum und legten die Grundlagen für das „Deutschtum“; in Abgrenzung z. B. zu den Franzosen. Außerdem zeigte er Parallelen bei der Beteiligung von Studentenverbindungen zwischen der Bücherverbrennung beim Wartburgfest 1817 und während der Nazi-Zeit auf. Die oftmals getätigte Behauptung, dass Studentenverbindungen während der faschistischen

Diktatur in Deutschland verboten gewesen wären, widerlegte er, indem er aufzeigte, dass sich diese in Kameradschaften transformierten; z. B. auch die Halle-Leobener Burschenschaft. Die aktuelle Bedeutung des Verbindungswesens zeigte Kronauer auf, in dem er z. B. darauf hinwies, dass Jürgen Rüttgers, Thomas Gottschalk oder auch Joseph Ratzinger / Benedikt XVI. in einer katholischen Verbindung sind. Der aktuelle Verkehrsminister Ramsauer ist ebenso Mitglied in einer Burschenschaft, die dem Dachverband „Deutsche Burschenschaft (DB)“ angehört wie der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Hans-Peter Uhl. Wenn mensch bedenkt, dass in der DB derzeit etwa 1.300 Studierende Mitglied sind und dem gegenüber 10.500 Alte Herren bzw. Damen stehen, sieht mensch das „soziale Kapital“, welches hinter solchen Studentenverbindungen steckt. Auch die Verbindungen ins rechtsextreme Lager sind nicht zu unterschätzen. So ist bspw. Jürgen Gansel

(NPD Sachsen) Mitglied einer Burschenschaft und auch der Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, gehört einer an. Zudem erfolgt eine Abgrenzung der Burschenschaften zum rechten Lager selten; gerade gegenüber der DB gibt es immer wieder Vorwürfe. Es bleibt demnach festzuhalten, dass Studentenverbindungen nicht pauschal als rechtsextrem bezeichnet werden können. Das jedoch gerade, wenn es um Burschenschaften geht, rechtsradikale Tendenzen immer wieder zu erkennen sind und die Zusammenarbeit zwischen rechtem Lager und Burschenschaften als eine Gefahr für demokratische Strukturen zu sehen ist. Deshalb gilt es, über diese studentischen Organisationen zu informieren und rechte Tendenzen aufzuklären, um gerade jungen Studierenden die Gefahren und Folgen aufzuzeigen. Wie Kronauer nämlich betonte, ist der Ausstieg aus dem Lebensbund-Prinzip sehr schwer.

SDS MLU



**25.11.2010,
10.00 Uhr,
Volkssolidarität
Sozial- und Kulturzentrum**

Halle-Neustadt, Hettstedter Str.1 (Straßenbahnlinien 2, 9, 10, 11, Haltestelle Schwimmhalle)

**Wie akut ist in
Deutschland die
Faschismusgefahr
Gast: Professor Heinrich
Fink**

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
11.11.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 25.11.2010

Landtagswahlen 2011 - Landesliste der Partei Die Linke.

Beschlossen auf der Vertreterversammlung vom 12.11.-14.11.2010 in Magdeburg

Listenplatz 1 Gallert, Wulf	Listenplatz 14 Gebhardt, Stefan	Listenplatz 27 Petra Jarosch
Listenplatz 2 Bull, Birke	Listenplatz 15 Dirlich, Sabine	Listenplatz 28 Swen Knöchel
Listenplatz 3 Paschke, Helga	Listenplatz 16 Czeke, Harry	Listenplatz 29 Bianca Görke
Listenplatz 4 Höhn, Matthias	Listenplatz 17 Zoschke, Dagmar	Listenplatz 30 Oliver Müller
Listenplatz 5 Dr. Klein, Angelika	Listenplatz 18 Grünert, Gerald	Listenplatz 31 Elke Reinke
Listenplatz 6 Dr. Thiel, Frank	Listenplatz 19 Edler, Evelyn	Listenplatz 32 Ralf-Peter Schmidt
Listenplatz 7 Tiedge, Gudrun	Listenplatz 20 Hoffmann, Frank	Listenplatz 33 Heidelinde Penndorf
Listenplatz 8 Lüderitz, André	Listenplatz 21 Quade, Henriette	Listenplatz 34 Carsten Nell
Listenplatz 9 Hunger, Angelika	Listenplatz 22 Krause, Hans-Jörg	Listenplatz 35 Gudrun Gerecke
Listenplatz 10 Lange, Hendrik	Listenplatz 23 Koch-Kupfer, Edwina	Listenplatz 36 Udo Mölle
Listenplatz 11 von Angern, Eva	Listenplatz 24 Loos, Uwe	Listenplatz 37 Monika Gehlis
Listenplatz 12 Henke, Guido	Listenplatz 25 Hohmann, Monika	Listenplatz 38 Klaus-Dieter Iffarth
Listenplatz 13 Rogèe, Edeltraud	Listenplatz 26 Jan Wagner	

Wulf Gallert auf der Podiumsdiskussion des MDR zur Landtagswahl 2011

Mein Fazit der Veranstaltung: Die SPD hat doch ein recht eigenwilliges Demokratieverständnis. War es bisher Usus, dass die stärkste Partei einer Koalition auch den Ministerpräsidenten stellt, soll das bei einer eventuellen Koalition mit der LINKEN nicht gelten. Es erinnert mich ein wenig an die Bundestagswahlen von 2005, als ein Kanzler Schröder immer noch vom Sieg träumte und allen längst klar war, dass die Wahl verloren ist. Die SPD macht sich letztlich mit diesen Aussa-

gen unglaublich und verspielt die ernsthafte Chance, dieses Land innovativ zu gestalten.

Zumindest eines ist klar:

Herr Bullerjahn wird nicht Ministerpräsident und ober wirklich die gleiche Show wie Herr Matschie in Thüringen abziehen will, sollte er sich bei den allgemeinen Umfragewerten seiner Partei überlegen. (MB)

Dr. Uwe-Volkmar Köck
lädtein:
25.11.2010, 18.00 Uhr,
Kulturtreff Halle-Neustadt
Thema: Giftmüll in Angersdorf,
was geht das Halle an?



aus der Stadtratsfraktion:

Was hat sich für Dich verändert?



Marion Krischok,
Sachkundige Einwohnerin

Marion, Du warst viele Jahre Stadträtin in unserer Fraktion. Zurzeit bist Du als sachkundige Einwohnerin tätig. Was hat sich für Dich verändert?

Als Stadträtin habe ich neben meinen wichtigsten Themen Finanzen und Öffentliche Sicherheit auch viele Informationen aufgenommen und verarbeitet, die zusätzlich zu bewältigen waren. Die Aufgabe war somit erheblich zeitintensiver. Da habe ich manchmal in meinem Beruf etwas kürzer treten müssen. Das geht natürlich nicht auf Dauer. Jetzt habe ich ein festes Sachgebiet. In dieses kann ich mich richtig vertiefen und kann dadurch auch fundiertere Vorschläge für z. B. Anfragen oder Anträge unterbreiten.

Du bist als Expertin für die „Innenpolitik“ bekannt. Welche Arbeitsinhalte verbergen sich dahinter?

In der Stadt gibt es da viele sogenannte Kleinigkeiten, die jedoch zum Wohlfühlen beitragen. So gehören zur Öffentlichen Sicherheit neben der Straßenbeleuchtung z. B. auch die Tempo-30-Zonen, insbesondere vor den Schulen oder

die Schiedsstellen. Aber auch die Standorte der öffentlichen Toiletten sowie ihre Öffnungszeiten und Sauberkeit gehören dazu. Ebenso die Problematik Hundetoiletten und -wiesen. Seit Jahren sammeln wir Ideen, um Stadtteilräte in Halle einzurichten. Das scheiterte bislang jedoch an der Gemeindeordnung, die ja Sache des Landtages ist. Durch diese Stadtteilräte könnten mehr Bürgerinnen und Bürger vor Ort beim Entwickeln von Vorschlägen für das Leben im Stadtteil einbezogen werden und einige Entscheidungen von ihnen selbst getroffen werden.

Mit welchen aktuellen Inhalten in Bezug auf das o. g. Thema beschäftigst Du Dich aktuell?

In den letzten Monaten beschäftigten wir uns in der AG Öffentliche Sicherheit mehrmals mit den so genannten Trinkerstandorten.

Dabei entstand ein Fragenkatalog, den die Fraktion als Antrag in den Stadtrat einbrachte.

Jetzt ist die Neugestaltung der Friedhofssatzung einer unserer Schwerpunkte. Dazu haben wir uns den Friedhof in Halle-Neustadt von der Verwaltung zeigen und erklären lassen.

Hinsichtlich der Marktsatzung sind wir die zz. bestehenden 5 Märkte abgelaufen und können jetzt feststellen, dass eigentlich nur noch der Marktplatz in der Altstadt sowie der in Neustadt wirkliche Märkte sind. An den drei weiteren Standorten gibt es nur vereinzelt Verkaufsstände. Deshalb werden wir als AG unserer Fraktion empfehlen, dem Vorschlag der Verwaltung, diese drei Standorte als Sondernutzung zu betreiben, zu folgen.

Das Interview führte Ute Haupt.

Steuermehreinnahmen für Schuldenabbau einsetzen - auch zugunsten der Kommunen

Zum Umgang mit dem von Finanzminister Bullerjahn verkündeten Steuerplus für Sachsen-Anhalt, das es nach der Novembersteuerschätzung geben wird, erklärt die finanzpol. Sprecherin der Fraktion Dr. Angelika Klein:

„DIE LINKE wird sich der Absicht, das Steuerplus zum Schuldenabbau zu nutzen, nicht widersetzen - aber nicht nur für das Land. 53 Millionen Euro sollen den Kommunen zugute kommen. Das ist genau die Summe, die diese aus dem Spitzausgleich der vergangenen Jahre an das Land zahlen müssen.

Die übergroße Mehrheit der Kommunen ist verschuldet, und die Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Diese Differenziertheit gilt auch hinsichtlich zu erwartender Steuermehreinnahmen. Deshalb wäre es ein wichtiges Signal, wenn Land und Kommunen gemeinsam den Weg aus den Schulden gehen, die viel gepriesene Konsolidierungspartnerschaft bliebe damit endlich keine Worthülse mehr.

DIE LINKE wird ihren Vorschlag zum Schuldenabbau auch bei den Kommunen im Finanzausschuss des Landtages thematisieren.“